

# Suchtberatungsstelle Mevesta fordert eine Stärkung der Prävention



SPD-Landeschef Andreas Stoch informiert sich gemeinsam mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Florian Wahl über die Arbeit der Suchtberatungsstelle in Sindelfingen.

VON ISABELL GOSPODARCZYK

**SINDELFINGEN.** Am 1. April feierten Hunderte am Brandenburger Tor in Berlin, dass Cannabis ab diesem Tag in Deutschland legal ist. Dafür zündeten sie sich um Punkt 0 Uhr einen Joint an. „Wohlgemerkt, das Cannabis muss alles illegal beschafft worden sein“, sagt Helena Resch vom Verein Mevesta. Sie ist die Fachvorständin der Suchthilfe des Vereins, der in der Sindelfinger Hinteren Gasse 39 sitzt.

80

Präventionseinsätze im Jahr 2023

Die Jugend- und Suchtberatungsstelle besuchten der baden-württembergische SPD-Fraktionsvorsitzende, Andreas Stoch und der SPD-Landtagsabgeordnete, Florian Wahl, um sich über das brandaktuelle Thema Cannabis-Legalisierung auszutauschen und über die Arbeit des Vereins zu informieren.

Glorifizieren dürfe man Cannabis auf keinen Fall, so die Meinung des SPD-Landeschefs

Andreas Stoch. „Dass es eine Zunahme beim Cannabis-Konsum gibt, ist allerdings eine gesellschaftliche Realität, der wir uns stellen müssen. Es ist wichtig, dass es aus der Enttabuisierung kommt.“ Die Legalisierung befürwortet die Fachvorständin, denn so „kommt es endlich aus der Schmutzdecke raus“. Sorgen bereitet Helena Resch, dass sich die Einstellung durch die Legalisierung möglicherweise ändere, ganz nach dem Motto „jetzt ist es legal, es kann also nicht so schlimm sein“. Mit der Legalisierung dürfe auf keinen Fall vermittelt werden, dass Cannabis harmlos sei.

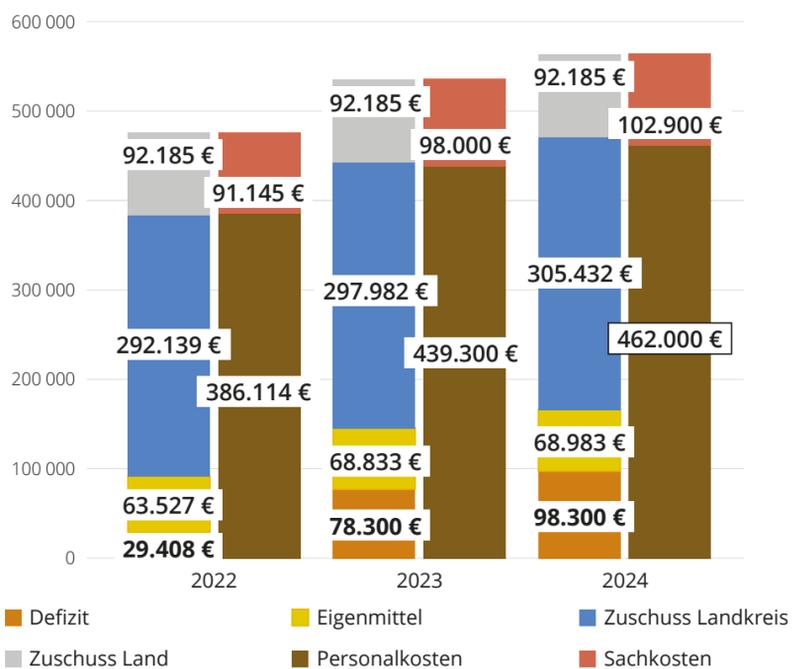
Das würden einige Jugendliche allerdings glauben, berichtet Helena Resch von ihren Erfahrungen: „Alkohol sei doch viel schlimmer, sagen manche. Cannabis wäre okay, weil es ja pflanzlich sei.“ Durch die Enttabuisierung erhofft sich Resch, den Jugendlichen näherzubringen, ab wann der Konsum zu viel ist und ab welchem Punkt man Hilfe benötigt. „Unsere Hoffnung ist,



Von links: Lukas Häberle, Mitglied im Verwaltungsrat von Mevesta; Susanne Künschner, Fachvorständin Jugendhilfe bei Mevesta; SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch; Jessica Bernhard, Leiterin der Suchthilfezentren Herrenberg und Sindelfingen; Helena Resch, Fachvorständin Suchthilfe bei Mevesta; SPD-Landtagsabgeordneter Florian Wahl.

Bild: Gospodarczyk

## Entwicklung der Finanzen am Beispiel einer Beratungsstelle



dass die Prävention einen Stellenwert kriegt.“ Da müssten vor allem die Jugendlichen in den Fokus gerückt werden. Sie brauchen eine andere Art von Aufklärung als Erwachsene: „Wir denken zu sehr in Erwachsenen-Hirnen“, so Helena Resch, „bei Jugendlichen funktioniert das aber anders. Sie wollen ja das Risiko spüren, das gehört zu ihrem Wesen dazu. Ich brauche deshalb Menschen in der Prävention, die sich mit diesen jungen Leuten auseinandersetzen, eine interaktiv gestaltete Prävention ist vonnöten.“

### Kürzungen von vier Millionen Euro

Hierfür braucht es allerdings finanzielle Mittel. Da zeigt sich die Suchtberaterin skeptisch: Auf Bundesebene seien in diesem Bereich jetzt vier Millionen Euro gekürzt worden.

Dass Unterstützung notwendig ist, verdeutlicht Jessica Bernhard, die Leiterin der Suchtberatungsstelle: „2022 hatten wir 50 Präventionseinsätze, 2023 waren es schon 80. Dieses Jahr rechnen wir mit über 100 Einsätzen.“ Der Landeszuschuss für Suchtberatungsstellen hat sich seit 1999 nicht geändert, kritisiert SPD-Landtagsabgeordneter Florian Wahl, der auch Vorsitzender im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration ist. SPD-Landeschef Andreas Stoch hält eine flächendeckende

Ausweitung der Präventionsmaßnahmen für notwendig und hakt nach, ob Mevesta auch in Schulen aufklärt. „Schulen sehen die Notwendigkeit immer mehr ein“, so Resch, „wir kriegen viele Anfragen.“ Auch medial müsse das Thema aufbereitet werden, um die Menschen zu erreichen. Sie befürchtet, dass nun weniger Menschen den Weg zu Mevesta finden werden: „Vor der Legalisierung stellte der Konsum und Besitz von Cannabis ja eine Ordnungswidrigkeit dar, weshalb die Menschen uns zugewiesen worden sind. Freiwillig wären sie nicht gekommen. Jetzt fällt das weg.“ Deshalb bedarf es laut Resch viel mehr Arbeit, um das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen.

Am Ende stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende die Frage in die Runde, was sie von der Landesregierung erwarten würden. „Dass man sich für eine anständige Finanzierung einsetzt“, antwortet Helena Resch, „Prävention muss gestärkt werden, nicht nur mit Geld, sondern auch mit Konzepten.“

Bevor der SPD-Landeschef Mevesta besuchte, ging es sportlich zu: In der Sportwelt des VfL Sindelfingen nahm er am „Hüft-Reha-Kurs“ im Rahmen seiner Reihe „Sport mit Stoch“ teil. Der VfL bietet wöchentlich 72 Rehasportkurse an, durch die der Verein etwa 1400 Teilnehmer nach einer Erkrankung wie-

der in Bewegung bringt. Für Andreas Stoch sei wichtig, die Vereine direkt zu besuchen, teilzunehmen, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen und sich ein Bild über die aktuelle Situation zu machen. Er möchte die Scheinwerfer auf die Vereine richten, um deutlich zu machen, was dort alles geleistet werde.

## Anstieg bei Cannabis-Konsum

In den letzten Jahren ist der Anteil derer, die Cannabis konsumieren, gestiegen. Allein bei den Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren zeigen die Ergebnisse des Alkoholsurveys 2021 zu Alkohol, Rauchen und Cannabis: Waren es 2011 noch 4,6 Prozent, die in den letzten 12 Monaten vor der Befragung Cannabis konsumiert haben, waren es 2021 bereits 7,6 Prozent. Bei den jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren zeigt sich ebenfalls ein Anstieg: von 12,7 Prozent im Jahr 2010 auf 25 Prozent im Jahr 2021. (Quelle: Bundesministerium für Gesundheit)

# Andreas Stoch: „Wir müssen die kleinen und mittelständischen Firmen unterstützen“

Die Transformation der Wirtschaft und Angst vor sozialem Abstieg sind nur zwei Themen, die die Menschen im Land bewegen. Die SZ/BZ sprach darüber mit dem baden-württembergischen SPD-Fraktionsvorsitzenden Andreas Stoch und dem SPD-Landtagsabgeordneten Florian Wahl.

VON ISABELL GOSPODARCZYK

**SINDELFINGEN.** Cannabis-Legalisierung, Arbeitsplatzsicherung im Zuge der Transformation der Wirtschaft, G9 an Gymnasien, die Sorge vor dem sozialen Abstieg – aktuelle und drängende Themen, die die Menschen beschäftigen und denen SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch immer wieder begegnet, wenn er im Land unterwegs ist. Um diese Themen dreht sich auch das Gespräch der SZ/BZ mit dem SPD-Landeschef Andreas Stoch und dem SPD-Landtagsabgeordneten Florian Wahl während seines Besuchs in Sindelfingen.

### Arbeitsplatzsicherung im Zuge der Transformation

„In den letzten Jahren haben die Menschen in Baden-Württemberg von Industriearbeitsplätzen gelebt, nicht nur in der Automobilbranche, sondern auch in der chemischen Industrie, und dort gutes Geld verdient“, sagt der SPD-Landeschef. Doch: „Dieses Wohlstandsmodell kann nicht endlos weitergedacht werden.“ Der Klimaschutz stehe auf der Agenda, bis 2040 will Baden-Württemberg klimaneutral sein. „Wenn man dieses Ziel erreichen will, kann man nicht endlos fossile Energie in die Luft blasen.“ Für den Politiker steht fest: „Man braucht Ausstiegsszenarien.“

6,5

Milliarden Euro Überschuss im Haushalt

Die Batterie sei der Hauptpfad, den viele wählen, aber auch E-Fuels könnten eine Per-

spektive sein. Beim Bau von E-Autos brauche es weniger Arbeitskräfte, wie also können die Arbeitsplätze gesichert werden? Bei den großen Unternehmen ist sich SPD-Landtagsabgeordneter Florian Wahl sicher: „Die kriegen das hin. Daimler ist auf Zack.“

Doch der Automobilhersteller hat viele Zulieferer, für diese seien die Veränderungen eine Herausforderung. „Die kleinen und mittelständischen Firmen müssen wir als Land unterstützen, beispielsweise mit Weiterbildungen und Zuschüssen. Es braucht neue Strukturen, damit die Mitarbeiter den veränderten Anforderungen entsprechen.“

Andreas Stoch kritisiert, dass die Landesregierung glaube, die Industrie kriege das von alleine hin. „Doch unser Job ist es, die kleinen und mittelständischen Firmen zu unterstützen, damit sie die Transformation meistern.“ Die Politik dürfe nicht nur an der Seitenlinie stehen, sondern muss proaktiv handeln. Die Landesregierung hat den Strategiedialog Automobilwirtschaft ins Leben gerufen, doch „mich erreichen Stimmen, die sagen: Sie hätten keine Geduld mehr, nur zu reden, ihnen fehlt das Handeln.“

Die Transformation zu einer dekarbonisierten Wirtschaft gelinge nur in einem Miteinander von Wirtschaft und Staat und nicht, indem man wie die jetzige Landesregierung einen Wirtschafts- und Ökoliberalismus verfolgt. „Das kann man in guten Zeiten machen, jetzt aber müssen die Herausforderungen gemeinsam bewältigt werden.“



### Angst vor sozialem Abstieg

Erst Corona, dann der Ukraine-Krieg und die gestiegenen Preise: Der Geldbeutel ist schneller leer als früher. „In Baden-Württemberg war das Wohnen schon immer teuer“, so der SPD-Politiker, „wir haben eine hohe erste Miete und durch die gestiegenen Energiepreise eine hohe zweite Miete.“

In Baden-Württemberg würden über 200 000 Wohnungen fehlen. „Das Gebot der Stunde ist jetzt: bauen, bauen, bauen. Dazu müssen wir das Geld in die Hand nehmen.“ Das Geld sei da, verdeutlicht Florian Wahl: „Im Jahr 2022 hatten wir einen Haushaltsüberschuss von 6,5 Milliarden Euro. Wir hätten also die finanziellen Mittel zu handeln, die Landesre-

gierung tut es aber nicht.“ Die Landesregierung sage, sie brauche den Überschuss, um Defizite auszugleichen. Als Regierung müsse man natürlich vorsichtig planen. Aber, so Andreas Stoch, es gebe Spielraum für Investitionen. „Wir als Fraktion sagen: Nehmt das Geld und investiert jetzt.“

### Cannabis-Legalisierung und Suchtprävention

Der Cannabis-Konsum ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Eine Realität, vor der man nicht die Augen verschließen kann. Doch das Land hat seine finanziellen Mittel im Bereich der Suchtprävention seit 25 Jahren nicht erhöht. Mit der Legalisierung müsse aber über die Folgen und die Schat-

tenseiten nachgedacht werden, so der SPD-Landeschef. „Jedem muss klar sein: Wenn wir in einem Bereich wie Suchtprävention seit 1999 keine finanzielle Erhöhung haben, dann reicht es nicht, um den Menschen zu helfen.“ Wenn es um den nächsten Haushalt gehe, will er den Finger in die Wunde legen, damit mehr Geld in diesem Bereich investiert wird.

### G9 an Gymnasien

Baden-Württemberg möchte schrittweise zu G9 an Gymnasien zurückkehren, nachdem vor 20 Jahren, zum Schuljahr 2004/2005, das achtjährige Gymnasium eingeführt wurde. Die grün-schwarze Landesregierung will G9 frühestens zum Schuljahr 2025/2026 umsetzen und mit den unteren Klassenstufen beginnen. Eine Wechseloption für Klassen der Mittelstufe soll nicht vorgesehen sein.

Andreas Stoch als ehemaliger Kultusminister würde es lieber sehen, dass die Klassen fünf bis acht den Wechsel bekommen. So hätten es auch andere Bundesländer wie Niedersachsen gemacht. „Gerade wegen der Kinder, die von Corona betroffen waren, wäre eine Mitnahme laufender Klassen zum neunjährigen Gymnasium sinnvoll.“

Die SPD habe die Einführung des achtjährigen Gymnasiums damals bereits kritisiert. Als Andreas Stoch dann von 2013 bis 2016 Kultusminister war, habe er „viele andere Baustellen gehabt, beispielsweise die Einführung der Gemeinschaftsschule oder Ganztagschulen“, um die er sich habe kümmern müssen. In seiner Zeit im Amt habe er versucht, G8 nachzubessern.